

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Preis für den Monat frei Haus 2 RM, (halbjährlich 12 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM, (halbjährlich 12 RM); Verlags-„Arbeiterstimme“, Dresden-Alt / Geschäftsstelle und Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernspr.-Sammelnummer 14191 / Postfach Dresden Nr. 13333, Emil Schlegel-Str. 1 / Dresden-Alt, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: 1111 Dresden Nr. 17259 / Druckhaus „Arbeiterstimme“ Dresden / Druckstunden der Redaktion: Werktags 6-10 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die normal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Reklameweile einschließlich an den dreigespartelten Textzeilen 1,25 RM; Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-Alt, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Dienstag, den 2. November 1926

Nummer 245

Große Koalition mit den Linken?

Der SPD-Parteivorstand fordert ein Beamtentabineit als Übergang zur Großen Koalition

Geheimverhandlungen mit der USPD

Unverständlich ist es uns, daß der Reichstag in der Nacht nach der Wahl schon Gelegenheit gehabt hat, mit einem Dreißigköpfiger eine führung. Wer es auch gewesen sein mag, wir begreifen die Ausdrücke mit einem Wortschatz der eigenen Partei gepulst haben, pflegt der „Presbident“ bekannte Vertreter noch wenige Stunden vor der Wahl ausgesprochen hat. Wer mag das begreifen? Wir wollen die Angelegenheit klären. Bis dahin wollen wir

„In der Nacht nach der Wahl schon Gelegenheit gehabt hat, mit einem Dreißigköpfiger eine führung. Wer es auch gewesen sein mag, wir begreifen die Ausdrücke mit einem Wortschatz der eigenen Partei gepulst haben, pflegt der „Presbident“ bekannte Vertreter noch wenige Stunden vor der Wahl ausgesprochen hat. Wer mag das begreifen? Wir wollen die Angelegenheit klären. Bis dahin wollen wir

(„Volkszeitung für Meissen“ Nr. 255 vom 1. 11. 26.)

Was die Kommunisten während des Wahlkampfes gelagt haben, ist eingetreten. Der SPD-Parteivorstand will auch in Sachen die Große Koalition, nachdem in Preußen durch die Zustimmung zum Hohenzollernvertrag die letzten Hindernisse zur Großen Koalition im Reich beseitigt worden sind. Das Verhalten der SPD bei der Wahl zum Magistrat in Berlin, das Preisgeben der proletarischen Mehrheit hat diese Absicht mit aller Deutlichkeit bestätigt. Die Koalition mit dem Bürgerium, das ist das Ziel und die Absicht des Parteivorstandes. Während die gesamte bürgerliche Presse durch den Ausgang der Wahlwahl in höchste Verwirrung gebracht ist und sich über die künftige Regierungsbildung den Kopf zerbricht, hat die Rechtskoalition, wie auch eine Linkskoalition für un-möglich erklärt, hat der Parteivorstand in Berlin die folgende Formel bereits gefunden. Der sozialdemokratische Presbident vertritt öffentlich am Montag eine Meinung zu dem Wahlergebnis in Sachsen und beschäftigt sich dabei mit der künftigen Regierungsbildung. Bezeichnenderweise hat die „Linke“, „Dresdner Volkszeitung“ diese Meinung des „Sozialdemokratischen Presbidenten“, in der der Wille des Parteivorstandes unverhüllt zum Ausdruck kommt, vor ihren Wählern verheimlicht. In der Meinung des SPD-Präsidenten heißt es:

Die Kommunisten halten unseres Erachtens von vornherein nicht nur für die Beteiligung, sondern auch für die Unterzeichnung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung aus. Sie haben in den letzten Jahren so endlose Beweise ihrer Unzuverlässigkeit erbracht, daß schon der Gedanke, auf ihre Mitarbeit eine Regierungskoalition aufzubauen, abzuweisen werden sollte. Abgesehen davon würde selbst im Falle einer Unterzeichnung durch die Kommunisten eine sozialdemokratische Minderheitsregierung in der Luft schweben, solange die USPD als das Hindernis an der Wange ihr die Gefolgschaft verweigert. Damit muß ohne weiteres gerechnet werden. Von maßgebender Seite der USPD wurde am 3. B. am Sonntag erklärt, daß sie unter keinen Umständen eine Regierung unterstützen werde, die gleichzeitig auf die KPD angewiesen ist.

Es bleibt also zunächst die Große Koalition. Sie wäre zahlenmäßig durchaus möglich, wenn sich die Sozialdemokratie beteiligen würde. Die Aussichten hierzu sind aber verhältnismäßig gering. Die Part der Vergangenheit hat sich hier bei einer großen Rolle. Was gibt es unter diesen Umständen anderes als eine rein bürgerliche Regierung oder ein Beamtentabineit... So stellen wir fest, daß die Spaltung innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie organisatorisch durch die Wahl zwar als endgültig überwunden gelten kann, aber daß der Einfluß der ausgeschiedenen Gruppe auch unter den veränderten Verhältnissen noch groß genug ist, um die Spaltung nicht auch jetzt schon für alle Zeit der Geschichte anzugehen zu lassen.

Die Auslassungen des SPD-Präsidenten beweisen erneut die intigen Verbindungen und das vollkommene Einverständnis des Parteivorstandes mit den 23, mit denen es bereits am Sonntag abend über die Möglichkeit der Regierungsbildung verhandelt hat. Das ganze Theater, das Hermann Müller, Wels und Crispian gemeinsam mit Art und den übrigen „linken“ Führern während des Wahlkampfes vor den sozialdemokratischen Arbeitern gespielt haben, wird damit bestätigt als ein überbrückendes Betrugsmanöver. Der Vorschlag eines Beamtentabineits, das selbstverständlich auch der Unterzeichnung der übrigen bürgerlichen Parteien der alten Koalition bedarf, ist nichts anderes als der Versuch, ohne allzu großen Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiter zur

Großen Koalition zu kommen. Deshalb auch die Bemerkung des SPD-Präsidenten, daß die Aussichten zur Großen Koalition vorläufig mehr als gering seien.

Der Wahlsieg der Kommunisten war ein entscheidender Schlag gegen die Koalitionsgegner im allgemeinen und gegen die Große Koalition in Sachsen im besonderen. Die Niederlage der SPD ist die Folge des Verrats der SPD-Führer, das Botsam der klassenbewußten Arbeiterschaft für die Kommunisten. Das weiß auch die SPD, und deshalb sucht der Parteivorstand auf Umwegen zu seinem Ziel zu kommen und einen neuen Beitrag an den sozialdemokratischen Arbeitern zu begehren.

Die linke „Dresdner Volkszeitung“ sucht diese Absichten des Parteivorstandes vor den Arbeitern zu verheimlichen. Die SPD-Arbeiter sollen im unklaren gehalten werden. Man will sie vor vollendete Tatsachen stellen. Nach dem Beispiel der SPD-Landtagsfraktion in Preußen will man „den Spielraum der Agitation der Kommunisten bei den kommenden Gemeinderatswahlen verkleinern“. Die linken Führer fürchten die Opposition und den Widerstand der SPD-Arbeiter, die nicht gewillt sind, Koalitionsgegner mit dem Bürgerium zu treiben. Die Linken sollen, und das ist ihre Aufgabe, den sozialdemokratischen Arbeitern die Forderung des Beamtentabineits schmackhaft machen und als den einzigen Ausweg empfehlen. Noch hat die „Linke“ Volkszeitung dazu keinen Mut. Noch sehen sie keine Möglichkeiten, noch haben sie nicht den Dreh heraus, den Kommunisten die Schuld aufzubürden; um diese Politik des Parteivorstandes vor den Arbeitern zu rechtfertigen. Deshalb schreibt auch die „Volkszeitung für Meissen“ unter dem Druck der Arbeiteropposition in der SPD, daß die Stellungnahme des SPD-Präsidenten „sehr vorzüglich“ ist. Voreilig deswegen, weil man angesichts der bevorstehenden

Gemeinderatswahlen nicht mit dem Schuldkonto der Großen Koalition belastet in den Wahlkampf ziehen möchte. Die linke „Volkszeitung für Meissen“ kennt die Folgen dieser Politik und schreibt: „Sind die Kommunisten in Sachsen nicht gerade infolge der Fehler der sächsischen Koalitionspolitik gewachsen? Sollen wir ihnen noch einmal Gelegenheit geben, aus unserem Zusammengehen mit den Bürgerlichen neue Kraft zu ziehen, die sie sonst nie und nimmer erhalten würden?“ Das ist nichts anderes als der Versuch, jetzt den Kommunisten keine Agitationsmöglichkeit zu geben. Auch für die Meißner Volkszeitung ist die Koalitionspolitik keine grundsätzliche, sondern eine taktische Frage, und sie schreibt deshalb: „... Von vornherein schon die Kommunisten auszuschließen, ist nicht nur voreilig, sondern auch eine politische Unklugheit.“ Die Linken wollen in der politischen Schieberei wieder einmal klüger sein wie der Parteivorstand. Nur jetzt nicht den Arbeitern zeigen, daß man nichts anderes will, als es die 23 in der Praxis getan haben. Das ist der ganze Sinn der Haltung dieser linken SPD-Presse und der linken Führer. Damit wird aber zugleich das ganze Doppelspiel der „linken“ SPD-Führer vor den Arbeitern enthüllt. Die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen nicht dulden, daß ihre sächsischen linken Führer einen erneuten Verrat an ihren Interessen begehen. Sie müssen erkennen — und die Geheimverhandlungen des Parteivorstandes mit den 23 um die künftige Regierungsbildung beweisen es —, daß der Parteivorstand gewillt ist, in Sachsen mit den USPD-Leuten gemeinsam die Große Koalition zu machen. Die linken Führer weichen noch immer einer klaren Stellungnahme aus. Mit ihren radikalen Phrasen verbrämt fangen sie die Arbeiter für die Politik des Vorstandes ein. Ihnen gilt es jetzt die Maske vom Gesicht zu reißen. Die Frage der Regierungsbildung in Sachsen wird das heuchlerische Spiel der linken Führer enthüllen.

Jetzt müssen die linken Führer Farbe bekennen: — entweder für Koalitionsgegner mit dem Bürgerium gemeinsam mit den 23 Renegaten nach dem Willen des Parteivorstandes — oder mit den Arbeitern und den Kommunisten. Die Arbeiter werden dann sehen, wo die „linken Führer“ stehen, sie werden erkennen, daß es für jeden sächsischen Arbeiter nur eins geben kann:

Schärfster Kampf Schulter an Schulter mit den Kommunisten gegen den Bürgerblock und seine rechten und „linken“ Helfershelfer!

Robert Dismann

Ganz überraschend kommt die Nachricht, daß Robert Dismann, einer der drei Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, auf der Rückfahrt von seiner Amerikareise im Alter von 48 Jahren an Herzschlag gestorben ist. Dismann war auch über den Metallarbeiterverband hinaus bekannt, als linker Sozialdemokrat und Mitglied des Reichstags. Mit ihm ist eine markante Persönlichkeit der deutschen Arbeiterbewegung aus dem Leben geschieden.

Im Jahre 1878 im Rheinland geboren, war er schon sehr früh in der Arbeiterbewegung tätig. Im Alter von noch nicht 22 Jahren war er schon Angehöriger des DMB und Bevollmächtigter einer mittleren Werkstatthalle im Rheinland. Von 1901 bis 1911 war er erster Bevollmächtigter des DMB in Frankfurt a. M., von 1911 bis 1916 Parteisekretär für Hanau in der alten SPD. Während des Krieges stand er auf Seiten der sozialistischen Arbeiterschaft gegen die Kriegssozialisten und wurde mit Gründung der USPD im Jahre 1916 deren Parteisekretär für den Bezirk Frankfurt a. M. Gegen Ende des Krieges und in den ersten Monaten nach der Revolution beschäftigte er sich neben seiner speziellen Parteitätigkeit vor allem mit der Organisation der oppositionellen Fraktion im Metallarbeiterverband über das ganze Reich. So wurde er auf dem Stuttgarter DMB-Verbandskongress 1919 zum Führer der Opposition, die bei den Urwahlen eine große Mehrheit gegenüber den Rechtssozialisten errungen hatte. Unter der Abführung des auf dem äußersten rechten Flügel stehenden bisherigen ersten Vorsitzenden Alexander Schick wurde Dismann zusammen mit Brandes (USPD) und Kessel (SPD) Vorsitzender und der eigentliche Führer des DMB.

Dismann hatte mit der hinter ihm stehenden oppositionellen Mehrheit eine ungeheure Macht innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung in Händen. Er befehligte den größten Verband der Arbeiterbewegung, der Ende 1920 rund 1.600.000 Mitglieder zählte. Doch schon auf dem Verbandskongress in Stuttgart gab er nicht recht in dem weiteren Verlauf der Bewegung zeigte Dismann, daß er den reinen Top des linken Sozialdemokraten darstellte. Mit Worten war er immer revolutionär. Mit Werken weiterete er gegen die Arbeiterschaft, gegen die Koalitionsgegner. Mit Worten trat er ein für den Kampf um

den Sturz des Kapitalismus, für den rücksichtslosen Klassenkampf, für die Revolution. In der Tat aber trieb er objektive und bewußt genau dieselbe Politik, wie die Rechtssozialisten vom Schläge Leipart und Großmann.

So war es auch ganz logisch, daß der radikale Dismann einer der ersten Gemeinschaftsführer war, der mit Wahlenausschlüssen gegen die kommunistische Opposition vorging. Trotz aller Klagen und oft anerkennenden Worte über Sowjetrußland und über die russische Revolution war er derjenige, der der Durchführung einer wirklichen internationalen Gewerkschaftseinheit, einer Entscheidung von gegenseitigen Delegationen innerhalb der Metallarbeiterkraft, einer Aufnahme des russischen Metallarbeiterverbandes in den Internationalen Metallarbeiterverband hindern im Wege stand.

Als echter und typischer „linker“ Sozialdemokrat war er immer unzufrieden mit der offen reaktionären Politik und Taktik der SPD, und der USPD-Führer. Mit seiner glänzenden Beredsamkeit, mit seinem — trotz mehr als 25jähriger Angeltätigkeit — sympathischen proletarischen Auftreten verstand er es, in jeder Situation eine revolutionäre Formulierung zu gebrauchen und so immer und immer wieder große Arbeitermassen zu fesseln. Er leistete dabei der SPD und vor allem Dingen dem Teil der SPD-Führer, die ihn bis zuletzt erbittert bekämpften, außergewöhnliche Dienste. Er fing mit seinem „radikalen“ Auftreten die mit der SPD längst unzufriedenen sozialdemokratischen Arbeitermassen auf, verhinderte ihren Anmarsch zur revolutionären Front. Es mag dahingestellt bleiben, ob Dismann radikales Auftreten einem ernstlichen Willen oder bewußter Manipulation entsprach. Tatsache jedoch ist, daß Dismann in jeder entscheidenden Situation verlagte. Die Konsequenz seines Auftretens hätte sein müssen der offene Kampf gegen die letzte USPD-Vertretung, gegen den SPD-Vorstand. Dismann ist diesem Kampf immer ausgewichen. Er hat sich in der entscheidenden Situation immer den Nachgedoten der SPD und des DMB „gefügt“.

Der Tod Dismanns bedeutet für den Metallarbeiterverband einen schweren Verlust. Innerhalb des Verbandes war er neben den übrigen Führern die einzige Figur. Unter den künftigen Vorstandsmitgliedern ist keine Person zu erblicken, die als ein

Berichtigung

An der Spitze unserer geteilten Ausgabe schrieben wir am 2. ... Das Bürgerium erhält durch die USPD, die es auf 98 026 Stimmen brachte, die zur Fortführung der bisherigen Koalitionspolitik erforderliche Hilfspartei. Der Satz muß wie aus dem Ergebnis der Mandatsverteilung ersichtlich ist, natürlich lauten: „Das Bürgerium erhält durch die USPD, die es auf 98 026 Stimmen brachte, nicht die zur Fortführung der bisherigen Koalitionspolitik erforderliche Hilfspartei.“

Heute 6³⁰ Betriebsräte-Vollversammlung in den Annensälen